



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/160 - 16. Juli 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 0 886 890

Hinweise  
auf den Inhalt:

|   |      |
|---|------|
| Zum Abgang Sorins                             | S. 1 |
| Neudenken im Lager der britischen Sozialisten | S. 2 |
| Radioaktive Gefahren für die Meere            | S. 4 |
| Nie mehr ein neuer Westwall!                  | S. 5 |

## Eine Demonstration?

ler. Viele Anzeichen sprechen dafür, dass für den sowjetrussischen Botschafter in Bonn, Sorin, die plötzliche Abberufung selbst überraschend kam. Die Veröffentlichung erfolgte erst nach dem Besuch bei Außenminister von Brentano. Ein Mann wie Sorin, der zu der Spitzengarnitur der sowjetrussischen Diplomatie gehört, hätte sich sicherlich nicht geschaut, bei seinem Gespräch mit dem bundesrepublikanischen Außenminister auch die politischen Gründe zu nennen, wenn sie ihm vertraut gewesen wären, und er hätte auch dafür gesorgt, dass sie der deutschen Öffentlichkeit bekannt werden. Das ist nicht geschehen. So bleibt die Öffentlichkeit auf Vermutungen angewiesen.

Es kann sein, dass die Art, wie das offizielle Bonn den Vertreter einer Weltmacht behandelte, die Machthaber im Kreml verstimmt. Bekannt ist ein Ausspruch des Bundeskanzlers, den Kontakt mit Moskau und seinen Abgesandten in Bonn nur gerade über den Kaltpunkt zu pflegen. Das offizielle Bonn tut ja immer noch so, als ob bei den Beziehungen zur vierten Siegermacht es sich nicht um die deutsche, sondern um die russische Wiedervereinigung handle. Einer der wichtigsten Aufträge Sorins war der bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Moskau vorgesehene Abschluss eines Handelsabkommens. Für einen solchen Abschluss sind - nach sieben Monaten! - nicht einmal die Ansatzpunkte vorhanden, obwohl aller Welt das Interesse der deutschen Industrie an einem regen Handelsaustausch mit der Sowjetunion bekannt ist und grosse Firmen sich um ein in die hunderte von Millionen gehendes Warenabkommen bemühen. Bonn

sabotiert zwar diese Verhandlungen nicht, es gibt ihnen aber auch nicht durch den Abschluss eines regelrechten Handelsvertrages die völkerrechtliche Untermauerung. Sicherlich ist dieses törichte Verhalten Bonn nicht geeignet, Moskaus Misstrauen gegen die Bundesrepublik zu beheben.

So gesehen wäre der Abgang Sorins eine Demonstration, deren Gewicht schwer auf die Waagschale der Beziehungen zwischen Bonn und Moskau fällt. Es kann aber auch sein, dass daneben und sogar mit grösserer Wahrscheinlichkeit die Ursachen der Abberufung des sowjetrussischen Botschafters bei Sorin selbst liegen. Das wäre dann eine persönliche Angelegenheit zwischen ihm und seinen Auftraggebern in Moskau. Vermittelte er ein falsches Bild über die wahren Zustände in der Bundesrepublik, über die politischen Parteien, ihr Verhalten zueinander, über Stimmungen und Strömungen in der deutschen Öffentlichkeit?

Hat z.B. Sorin die nicht erst durch München bewiesene klare Abgrenzung der Sozialdemokratie von der Idee und Praxis des Kommunismus verkannt und verleitete er durch ein solches Verkennen der Krenl zu einer falschen Einschätzung der deutschen Sozialdemokratie? Wenn dem so ist - und viele Indizien deuten darauf hin - dann blieb den Realisten im Krenl nichts anderes übrig, als einen Botschafter abzubrufen, dem grundlegende Fehler in der Beurteilung einer grossen Partei unterlaufen sind, die morgen vielleicht entscheidend die Geschicke des deutschen Volkes mitbestimmen wird.

Aber was auch immer der Grund für den Abgang Sorins sein möge, zu hoffen ist, dass er bald einen Nachfolger findet, der alle Möglichkeiten ausnutzt, die sich durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Moskau ergeben. Das gilt noch mehr für das offizielle Bonn. In dieser Hinsicht hat es sich in den sieben Monaten, seit der direkte Kontakt mit Moskau besteht, nicht gerade als Meisterschüler der Diplomatie bewiesen. Unabhängig davon, wer künftig als Vertreter der Sowjetunion in Rolandseck residiert, gilt die Erkenntnis, dass es keine Wiedervereinigung geben kann, wenn das volle Gewicht der Bundesrepublik in der so notwendigen Vertiefung und Ausweitung des Kontaktes mit Moskau nicht zur Geltung kommt. Dazu gehört, dass der Draht nach Moskau nicht verrostet, sondern, natürlich im Einvernehmen mit den westlichen Vertragspartnern, immer wieder zu Erkundungsvorstössen und zur Entfaltung eigener Initiativen in der Deutschlandfrage beansprucht wird.

Labour wird der Ungleichheit zu Leibe gehen.

E.A. London

Labour ist auf gutem Wege, die politische Führung in Grossbritannien wieder zu übernehmen. Die Nachwahl der letzten Woche in Newcastle hat den Ruck nach links in der britischen Wählerschaft erneut bestätigt. Sir Frank Soskice verdoppelte dort die Labourmehrheit im Vergleich zu den letzten Unterhauswahlen. Wenn der Pendelschwung, so wie er sich in Newcastle und Tonbridge auswirkte, anhält, werden Unterhauswahlen, wenn sie auch kommen mögen, einen Berggrutsch nach links bringen.

Dem sozialen Unrecht zu Leibe zu gehen, das wird die unmittelbare Aufgabe sein, die sich Labour in der neuesten programmatischen Erklärung gesetzt hat. Sie wurde von dem Parteivorstand unter Führung von Hugh Gaitskell ausgearbeitet und wird wie die früheren Resolutionen dem Labourparteitag im Herbst zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Unter dem Titel "Towards Equality; - Vorwärts zur Gleichheit -" wird dargelegt, wie das englische Volk noch immer in zwei Nationen aufgespalten ist, in die Reichen und die der Reichtum Schaffenden. Die Wege, auf denen dieses wirtschaftliche und soziale Unrecht beseitigt werden kann, werden aufgezeigt. Ein Prozent der englischen Bevölkerung besitzt rund die Hälfte des Privateigentums, während fünfzig Prozent nicht mehr als ihre Haushaltsgegenstände ihr Eigen nennen können. Mehr als ein Viertel des englischen Privateigentums besteht aus grossen Vermögen von mehr als 600 000 £, und ist in den Händen von wenigen Zehntausend Familien konzentriert.

Wie will Labour der Vermögensungleichheit zu Leibe gehen? Durch steuerliche Massnahmen, durch verstärkte Verstaatlichung und durch erleichtertes Ersparen der unteren und mittleren Einkommensgruppen. Unter den steuerlichen Massnahmen wird eine Kapitalgewinnsteuer ins Auge gefasst und gleichfalls geplant, der in letzter Zeit eingerissenen Praxis der Steuerhinterziehungen ein Ende zu bereiten. Der Missbrauch der "Geschäftsunkosten" erlaubt es auch den englischen Direktoren und Geschäftsleuten, einen Aufwand zu treiben, der dem steuerlichen Zugriff entzogen ist. Hugh Gaitskell befürwortet persönlich eine "Gesamtaufwandsteuer", doch ist sich die Parteiführung über die praktische Durchführbarkeit einer solchen neuen Steuer noch nicht schlüssig.

Ein interessanter Vorschlag der Erklärung soll noch hervorgehoben werden. Die Schwereichen in England können die drückenden Erbschafts-

steuern auf verschiedene Weise umgehen, am leichtesten, indem man rechtzeitig grosse Vermögensteile - es muss fünf Jahre vor dem Ableben geschehen - an Kinder und Anverwandte "verschenkt" oder indem man Stiftungen ins Leben ruft, deren Nutzniesser die lachenden Erben sein werden. Diese Steuerlücken sollen geschlossen werden. Zugleich aber soll das Schatzamt autorisiert werden, die Erbschaftsteuer dadurch zu kassieren, dass sie Liegenschaften und Geschäftsanteile übernimmt. Damit würde der Anteil des öffentlichen Besitze automatisch steigen.

#### Schöpferische Pause

Während so die britische Labourparty die schöpferische Pause, als die wir die Unterbrechung der Labourregierung durch die Herrschaft der Konservativen unter Churchill und Eden ansehen müssen, gründlich ausnützt, um sich auf neue Aufgaben vorzubereiten, geht auch sonst im sozialistischen Lager ein rastloses Neudenken vor sich. John Strachey hat soeben im Verlag Colliery ein neues Werk "Zeitgenössischer Kapitalismus" veröffentlicht, in dem er sich mit der letzten Phase des Kapitalismus befasst. Vor zwanzig Jahren hatte Strachey die Gemüter mit seinem Buch "Der kommende Kampf um die Macht" aufgewühlt. "Die ganze kapitalistische Welt befindet sich auf dem Wege in die Barbarei" hatte er damals geschrieben. Wenn wir die Ereignisse der letzten zwanzig Jahre überdenken, so können wir dem jungen revolutionären Strachey nicht Unrecht geben. Aus den Erfahrungen der letzten zwei Jahrzehnte zieht nun der gereifte Strachey die Lehren. Unter dem Druck der demokratischen Einrichtungen ist die kapitalistische Denkweise mehr und mehr zurückgewichen, ausgesprochene Verteidiger des Kapitalismus hüten sich heute, die Gewerkschaften und die Sozialeinrichtungen zu verdammten. Strachey bleibt Marxist, der seiner Meinung nach auf ökonomischen Gebiete Recht behaltet, auf politischem Boden allerdings geirrt habe. Der heutige Staat mit seinen sozialen Einrichtungen ist mit der marxistischen Konzeption nicht mehr zu vergleichen. Aus dem Unterdrückungsmittel der herrschenden kapitalistischen Klasse hat er sich unter dem Druck der Volksmassen umgewandelt zum Wohlfahrtsstaat - zumindest in England.

Mit dem gegenwärtigen Stadium des Kapitalismus befasst sich der Marxist Strachey, mit den moderneren Sozialismus die Fabierin Dr. Rita Hinden. Sie hat mit anderen zusammen soeben ein Penguin-Buch herausgebracht, dem eine Massenverbreitung gesichert ist. "Der Sozialismus

des zwanzigsten Jahrhunderts", wie sich das Buch nennt, schildert die Wirtschaft und die menschliche Gesellschaft von morgen. Gleichheit ist hier ein moralisch-ethisches Ziel, das auf dem Wege über die Vergesellschaftung erreicht werden kann, wenn der Wille dazu vorhanden ist.

\* \* \*

#### Neue Aufgabe: Überwachung der Ost- und Nordsee

mu, Lübeck

Der Seeverkehrsbeirat des Bundesverkehrsministeriums hat das Deutsche Hydrographische Institut anlässlich seiner Lübecker Tagung beauftragt, die Überwachung der Ost- und Nordsee, sowie deren Küsten auf Radioaktivität vorzubereiten. Das Institut ist mit der Planung und mit den Vorarbeiten für eine derartige Überwachung betraut worden. Dabei soll besonders auch auf die Verdriftung radioaktiver Beimengungen durch Meeresströme wie beispielsweise des Golfstroms geachtet werden. Ausser der geregelten Überwachung der Atmosphäre soll somit künftig in Westdeutschland auch das Meer und seine Küsten kontrolliert werden.

In den letzten Tagen sind zwei Ereignisse bekannt geworden, welche die Entscheidung, eine derartige Überwachung nunmehr einzuleiten, vorangetrieben haben dürften. Norwegische Atomwissenschaftler haben sich mit dem Atomenergiegetriebenen amerikanischen U-Boot "Nautilus" beschäftigt. Sie haben dabei untersucht, was geschehen würde, wenn dieses U-Boot in der Nordsee beim Auftauchen von einem Frachtdampfer gerammt und dann als geborstenes Wrack in die Tiefe sinken würde.

Nach den Berechnungen der norwegischen Wissenschaftler würde dann der Inhalt der gesamten Nordsee radioaktiv verunreinigt werden. 54 000 Kubikkilometer Meereswasser würden für den Fall, dass der Atomreaktor des "Nautilus" "auslaufen" würde, das Zehnfache der erträglichen und zulässigen Dosis an Strahlungseintensität erhalten. Weiter ist errechnet worden, dass der gesamte Ostsee Hafen verunreinigt und unbrauchbar würde, wenn in diesem Fjord das U-Boot bei einer Havarie nur ein Millionstel des radioaktiven Inhaltes seines Atomreaktors ins Meereswasser verliehen würde.

Das andere Ereignis besteht in dem Vertrag, welchen die Vereinigten Staaten und Grossbritannien am 25. Juni über ihren atlantischen Schiessplatz für ferngelenkte Langstreckengeschosse abgeschlossen haben. - 5 -

Bisher reichte der Schiessplatz für ferngelenkte Raketen nur von der Halbinsel Florida bis Portoriko. Er ist durch den Vertrag um ein Vierfaches erweitert worden und geht nun von der Abschussbasis Cerveral auf Florida bis zur südatlantischen Ascension-Insel, die auf dem halben Wege zwischen Südamerika und Afrika liegt.

In diesen Bereich soll nunmehr mit ferngelenkten Raketen exerziert werden, wobei es kein Geheimnis ist, dass inzwischen auch derartige Raketen mit atomgeladenen Sprengköpfen übnungsreif geworden sind. Falls nun ein ferngelenktes Geschoss mit seiner Reichweite von etwa 8000 km durch irgendein Versehen im Golfstrom des Atlantik krepieren würde, bestände durchaus die Gefahr, dass der Golfstrom radioaktiv verseuchtes Wasser oder zumindest radioaktiv verseuchte Fischkadaver an die europäischen Küsten tragen könnte.

Auch in diesem Fall wäre eine gründliche Kontrolle des Meereswassers in unseren Küstenbereichen erforderlich. Bei diesen Untersuchungen dürfte die sogenannte Toleranzdosis eine erhebliche Rolle spielen. Sie beträgt 25 bis 30 Röntgeneinheiten pro Stunde. Eine Überschreitung dieser Toleranzdosis wird je nach Körperkonstitution mehr oder weniger schädlich wirken, da die in kurzen Zeitabständen aufgenommenen Strahlungsmengen sich addieren. Zeigt ein Messgerät beispielsweise 25 Röntgeneinheiten pro Stunde an, so würde jemand, der sich länger als eine Stunde in Meereswasser aufhalten würde, unheilbar krank werden oder sofort sterben.

\* \* \*

#### Der Eigentums- und Rechtsschutz im neuen Schutzbereichsgesetz

D.P. Die Pariser Verträge und das Soldatengesetz ziehen einen ganzen Rattenschwanz von Gesetzen und Verordnungen nach sich, mit denen sich der Bundestag auseinandersetzen muss. Ein wichtiger und folgenreicherer Komplex dieser Folgegesetze sind das Schutzbereichsgesetz, das Landbeschaffungsgesetz und das Bundesleistungsgesetz.

Obwohl die Sozialdemokratie der Ansicht ist, dass es wichtiger wäre, sich mit anderen Dingen zu befassen, und trotz der Tatsache, dass eine Ablehnung sämtlicher Folgegesetze aus den Pariser Verträgen durch die SPD von vornherein feststeht, hat die sozialdemokratische Bundes-

tagsfraktion wie wohl kaum eine andere an den Gesetzen gearbeitet.

Sie will damit klar darlegen, dass sie zwar grundsätzlich dagegen ist, aber dennoch ständig danach strebt, sich für die durch diese Gesetze Betroffenen einzusetzen. Ein typisches Beispiel dafür war das Schutzbereichsgesetz. Die ursprüngliche Vorlage der Bundesregierung kam einer Ermächtigung an die Exekutive gleich, die sich würdig an die Zeit nach 1933 anschloss. Sie wurde beraten in den Ausschüssen für innere Verwaltung und Ernährung und Landwirtschaft. Schon im Ernährungsausschuss, der an der Abfassung der nun leider wieder notwendig gewordenen neuen Gesetze mitwirkte, waren es die sozialdemokratischen Vertreter, die absolut klare Begriffsbestimmungen forderten, um einen neuerlichen Missbrauch in Zukunft zu verhindern. Dagegen hatten die Abgeordneten der CDU/CSU keine rechten Vorstellungen von der Tragweite des Gesetzes, obwohl es hierbei um tausende Hektar Bauernland gehen kann.

Das bäuerliche Eigentum und die bäuerlichen Rechte mussten vor einem willkürlichen Zugriff der Militärbehörden geschützt werden.

Die beiden Ausschüsse wurden in zäher Bemühen so weit gebracht, für die 2. und 3. Lesung im Bundestag eine Vorlage zu erarbeiten - erweitert durch die interfraktionellen Anträge -, die unserem Grundgesetz und dem rechtsstaatlichen Denken Rechnung trägt. So ist z.B. schon in § 1 die festgelegte Begriffsbestimmung für einen militärischen Schutzbereich eine Barriere für eine unerträgliche und unbegrenzte Auslegung durch die Verteidigungsbehörde. Es heisst dort, dass ein Schutzbereichsgesetz nur zum Schutz und zur Erhaltung der Wirksamkeit von Verteidigungsanlagen dienen kann. In der Vergangenheit hingegen (Schutzbereichsgesetz von 1935) hat man mit Hilfe des Schutzbereichsgesetzes Verteidigungsanlagen geradezu neu geschaffen.

Wir stehen heute noch an der Westgrenze vor den furchtbaren Folgen: Die Heckenlinien und Burker des ehemaligen Festwalls unseligen Andenkens fielen mit unter diese militärischen "Schutzbereiche". Die eigentlichen Besitzer dieser Landstriche, Bauern in der Pfalz, in der Rifel und am Niederrhein, sind heute zum grossen Teil noch nicht entschädigt. Solches Unrecht darf sich in einem demokratischen Staat in Zukunft nicht mehr wiederholen. Die ganzen Initiativen zur Absicherung für den Staatsbürger und zur Sicherung der demokratischen Grundrechte und Eigentumsrechte sind im neuen Gesetz im wesentlichen ein Verdienst der Sozialdemokraten im Ausschuss für innere Verwaltung und im Landwirtschaftsausschuss.